

# Länderbericht

## 20 Jahre Deutsche Demokratische Republik

Am 7. Oktober 1969 wird in der DDR mit überdurchschnittlichem Aufwand der 20. Jahrestag der Gründung dieses Staates gefeiert. Immerhin sind schon 20 Jahre vergangen — also eine größere Zeitspanne als die Weimarer Republik und das Dritte Reich existierten —, seit deutsche Kommunisten im Schutze der sozialistischen Okkupationsmacht Sowjetunion die DDR gründeten.

Wenn die Gründung der DDR auch erst einen Monat nach dem Zusammentritt des Deutschen Bundestages in Bonn erfolgte, so war sie durchaus keine improvisierte Aktion. Die Sowjetunion war nach dem Sieg der Alliierten von Anfang an im Bereich ihrer Besatzungszone bestrebt, eine kommunistische Besatzungspolitik zu entwickeln, die deutschen Kommunisten mit Nachdruck zu fördern und diesen alle Schlüsselpositionen in der Verwaltung (von Gemeinden, Städten, Kreisen, Ländern und den Zentralverwaltungen) und im gesamten öffentlichen Leben einzuräumen.

Bereits ab Herbst 1945 wurde mit der Errichtung der „Deutschen Zentralverwaltungen“ und etwas später der „Deutschen Wirtschaftskommission“ (DWK) begonnen. Diese unter direkter sowjetischer Kontrolle tätigen mit deutschen Kommunisten durchsetzten zentralen Exekutivorgane steuerten in der Substanz einen klaren „sozialistischen“ Kurs. Aber nicht nur im Bereich der Exekutivorgane, sondern auch in der Legislative war die Gründung der DDR gut vorbereitet. Am 15. und 16. Mai 1949 wurden erstmals auf der Grundlage von Einheitslisten Wahlen zum dritten „Deutschen Volkskongreß“ durchgeführt. Auf den vorher zwischen den einzelnen Blockparteien und den kommunistischen Massenorganisationen „ausgehandelten“ Listen hatte die SED zusammen mit den kommunistisch beherrschten Massenorganisationen die absolute Mehrheit der Kandidaten. Der dritte Deutsche Volkskongreß wählte dann aus seiner Mitte den „Deutschen Volksrat“ (400 Mitglieder). Am Gründungstag der DDR (7. Oktober 1949) konstituierte sich der „Deutsche Volksrat“ zur „Provisorischen Volkskammer der DDR“.

### *Die ersten Nachkriegsjahre*

Bei der Gründung der DDR wurde die erprobte und vielfach bewährte kommunistische Taktik — in verschleierter Form vollendete Tatsachen zu schaffen — meisterhaft angewandt. Die sowjetischen und mitteldeutschen Kommunisten stellten sich gründlich auf eine Separatentwicklung ein. Obwohl ihre eigenen staatlichen Organe schon weitgehend ausgebaut und voll funktionsfähig waren, warteten sie mit der formellen Staatsgründung so lange, bis die Bundesrepublik konstituiert war, um diese als Abwehrreaktion auf westliche Schritte ausgeben zu können. Man kann die Frage stellen, ob die Sowjetunion schon von 1945 an auf die Etablierung eines deutschen kommunistischen Staates orientiert war. Die Sowjetunion versuchte zunächst im Bereich der Vier-Mächte-Verwaltung für Deutschland eine ihr genehme Politik durchzusetzen, um Voraussetzungen für eine sogenannte antifaschistisch-demokratische Entwicklung in ganz Deutschland zu schaffen. Die von ihnen forcierte und kontrollierte Ent-

wicklung in ihrem eigenen Besatzungsbereich sollten dabei Modell und stabile Basis für eine ihr genehme Entwicklung in Gesamtdeutschland sein. In dem Maße aber, wie sich erwies, daß die westlichen Besatzungsmächte und westdeutsche Politiker auf Gegenkurs gingen und sich der sowjetischen Auslegung des Potsdamer Abkommens widersetzen, wurde die Etablierung der DDR als fester Bestandteil des kommunistischen Machtbereichs vorangetrieben.

Die wichtigsten gesellschaftspolitischen Entscheidungen waren bereits vor der Gründung der DDR gefallen. In teilweise noch getarnter Form wurde Kurs auf die sozialistische Umgestaltung genommen. Die Boden- und Schulreform waren durchgeführt. Die Großbanken, alle Schlüsselindustrien und die meisten Großbetriebe wurden „volkseigen“ oder gehörten zu sowjetischen Aktiengesellschaften. Die SED hatte sich mit wirksamer Unterstützung der sowjetischen Besatzungsorgane die ungeteilte Führungsrolle im politischen Leben gesichert und war auf dem Wege zu einer „Partei neuen Typus“ (einst sagte man: „Bolschewisierung der Partei“). Die anderen politischen Parteien waren im wesentlichen schon von „antidemokratischen Kräften“ gesäubert und weitgehend gleichgeschaltet. Eine Verfassung war schon fix und fertig ausgearbeitet und brauchte nur noch in Kraft gesetzt zu werden. Obwohl die Errichtung der DDR in vieler Hinsicht keineswegs eine echte Zäsur darstellt, wurde dieses Ereignis doch von beträchtlicher historischer Bedeutung. In Deutschland, dem Geburtsland von Marx und Engels, wurde von den Sowjets als eine ihrer wichtigsten und wertvollsten Errungenschaften im Ergebnis des „Großen Vaterländischen Krieges“ ein kommunistischer Separatstaat ins Leben gerufen und damit die Grenze des kommunistischen Machtbereichs ins Herz Mitteleuropas verlegt. Welche Bedeutung der Kreml diesem Ereignis von Anfang an beigemessen hat, geht aus dem Stalin-Telegramm vom 13. Oktober 1949 hervor: Die „Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik“ sei ein Wendepunkt in der Geschichte Europas.

### *Wirtschaftliche und politische Konsolidierung*

Im Verlauf ihrer 20jährigen Geschichte hatte die DDR bisher viele Schwierigkeiten durchzustehen. Mit Härte und Brutalität mußte vielfach das Volk niedergehalten und die kommunistische Macht behauptet werden. Verschiedene Umwälzungen (z. B. Kollektivierung der Landwirtschaft) wurden unter großem Druck erzwungen. Die persönlichen Freiheiten wurden beträchtlich beschnitten. Heuchelei und Lüge wurden zu Tugenden der Selbstbehauptung und Anpassung. Die systematische umfassende ideologische Indoktrination wirkte lähmend und deformierend. Hunderttausende stimmten mit den Füßen ab, mußten Hab und Gut im Stich lassen und im Bundesgebiet von vorn anfangen. Für die Sowjetunion mußten die Bewohner der DDR viele Jahre beträchtliche Opfer bringen (Reparationen, Stationierungskosten, unvorteilhafte Handelsverträge), auch die beträchtlichen Aufwendungen für die Nationale Volksarmee, die Staatssicherheitsorgane, Volkspolizei, die Kampfgruppen sowie die

zeitweilig umfangreichen Fehlleistungen von Wirtschaftsbeamten schmälerten den Lebensstandard beträchtlich bis auf den heutigen Tag.

Ungeachtet dieser Grundtatsachen ist jedoch festzustellen, daß in der DDR insbesondere nach dem 13. August 1961 sich innere Veränderungen anbahnen, die nicht zu übersehen sind. Trotz mancher Rückschläge, Unzulänglichkeiten, Mißstände, Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten hat sich die DDR zu einem relativ stabilen Staatswesen entwickelt, das in vieler Hinsicht im kommunistischen Machtbereich eine Spitzenposition einnimmt. Immerhin steht die DDR im kommunistischen Machtbereich schon an zweiter Stelle in der Industrieproduktion, direkt nach der Sowjetunion (im Weltmaßstab an achter Stelle). In einigen Bereichen der chemischen Industrie rangiert die DDR vor der Sowjetunion. In der Chemieproduktion pro Kopf der Bevölkerung steht sie sogar direkt hinter den USA an zweiter Stelle. Die DDR ist der größte Maschinenexporteur im Ostblock. Die Produktion in Industrie und Landwirtschaft steigt in den letzten Jahren kontinuierlich in (verglichen mit anderen kommunistischen Staaten) überdurchschnittlichen hohen Wachstumsraten. Industrie- und Landwirtschaft haben sich der westdeutschen Pro-Kopf-Produktion auf rund 85% angenähert. Technisch hat die DDR in verschiedenen Bereichen vor allem im Maschinenbau das Weltniveau erreicht.

Der Lebensstandard der DDR-Bürger liegt im kommunistischen Machtbereich an der Spitze. Zwar gibt es noch Engpässe und Schwierigkeiten in der Versorgung und Mängel in der Produktion, aber von allgemeiner Not kann man nicht mehr sprechen. Jede 10. Familie besaß 1968 ein Auto (1960 nur jede 33.), jede 3. hatte eine Waschmaschine und einen Kühlschrank (1960 jede 15.), und mehr als die Hälfte (60%) aller Familien verfügte über einen Fernsehapparat (1960 jede 6.). Das Nationaleinkommen betrug 1968 für die DDR pro Kopf 1605 Rubel, für die ČSSR 1455, für Ungarn 1395, für Polen 1160, für Bulgarien 1145, für Rumänien 1040 und für die Sowjetunion 915 Rubel. In absehbarer Zeit sind sogar Agrar-Überschüsse zu erwarten. Als Indiz für ein gewisses Vertrauen der Bevölkerung in die wirtschaftliche Entwicklung, aber zum Teil auch als ein Anzeichen für weniger Möglichkeiten, in sinnvoller Weise größere Summen auszugeben (z. B. keine Möglichkeit des Hausbaus, lange Wartezeiten für Autos), ist das starke Anwachsen der Spareinlagen für Haushalt: sie stiegen von 487 Mark Ost im Jahre 1961 auf 5273 Mark im Jahre 1967.

Trotz weitgehender Einbeziehung der Frau in den Arbeitsprozeß (ca. 70%) gibt es einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften. In der DDR ist eine kleine Zahl von polnischen und ungarischen Gastarbeitern tätig. Es gab auch Versuche, italienische und spanische Arbeitskräfte anzuwerben.

### *Fortschritte im Bildungs- und Sozialwesen*

Beim Vergleichen des Lebensstandards der DDR-Bevölkerung wird nicht mehr wie früher ausschließlich das bundesdeutsche Niveau als Bezugspunkt genommen, sondern der Lebensstandard in den sozialistischen Nachbarstaaten. In zunehmendem Maße bildet sich ein trotziger Stolz auf das unter schwierigen Bedingungen Geschaffene und auf die gegebene Heimat heraus, was man bereits als entstehendes sozialistisches Staatsbewußtsein qualifizieren muß (vgl. Herder-Korrespondenz, 21. Jhg., S. 240 ff.).

Der Berliner BBC-Korrespondent *Johnson* erklärte in einer Fernsehsendung am 16. Juni 1969:

„Ulbrichts wirtschaftliche Erfolge, obwohl sie im Vergleich zur Bundesrepublik bescheiden sind, haben doch dazu beigetragen, in der ostdeutschen Bevölkerung eine Art von Staatsbewußtsein zu erzeugen. Ebenso wichtig war hier die Berliner Mauer, ein deutliches Zeichen der Trennung, das bei vielen zu der Erkenntnis führte, daß die Bundesrepublik sie sozusagen nicht hat vom Kommunismus befreien können und daß sie sich anpassen müßten.“

Die bisherige Klischee-Vorstellung — die überwiegende Mehrheit lehne die gegebene Ordnung ab — trifft nicht mehr ohne Differenzierung zu. Zwar ist immer noch keine Mehrheit der DDR-Bevölkerung bereit, sich voll mit der Politik der SED zu identifizieren, doch ein Verbundenheitsgefühl mit dem Gegebenen dürfte beim größeren Teil der Bevölkerung schon vorhanden sein.

Erwähnenswert ist auch, daß die DDR im Bildungswesen in mancher Hinsicht Vorbildliches geleistet hat. In Stadt und Land gibt es seit 1965 die obligatorische Zehnklassen-Schule. Mit dem „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ (25. Mai 1965) wurden vielseitige neue Ausbildungsmöglichkeiten beschlossen. Wer lernen will, hat viele Möglichkeiten. Durch die systematische besondere Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern wurde das Bildungsprivileg der Begüterten beseitigt, wenngleich nun Personen, die als politisch unzuverlässig gelten, Hindernisse zu überwinden haben.

An den Universitäten und Hochschulen wurde ebenfalls Beachtliches geleistet und gegenwärtig wird dort eine den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werdende grundlegende Hochschulreform verwirklicht. Zwar wurde mit all diesen Maßnahmen versucht, den Einfluß der SED zu verstärken und noch konsequenter den Grundsatz der Einheit von Bildung und Erziehung durchzusetzen, doch da die SED an einem der gesellschaftlichen Praxis dienenden Aufschwung der Wissenschaft außerordentlich stark interessiert ist und sie den Menschen als wichtigste Produktivkraft ansieht, mißt sie der zielgerichteten Ausbildung der Menschen auf die Bedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft hin größte Bedeutung bei. Trotz großer Anstrengungen zur sozialistischen Erziehung wird zugleich auf die Aneignung solider Kenntnisse in den Naturwissenschaften und in Sprachen größter Wert gelegt. Die Wissenschaft wird in den Dienst der Interessen der industriellen Produktion und der sozialistischen Gesellschaftspolitik gestellt. Nicht der gesellschaftlichen Praxis dienender „Bildungsballast“ wird „großzügig“ abgestoßen. Manches am Bildungswesen der DDR ist jedoch durchaus brauchbares Modell.

Im Bereich der Sozialpolitik wurde vor allem im Gesundheitswesen Positives geleistet, was für die Masse der Bürger durchaus eine Errungenschaft ist. Die weitverbreiteten Polikliniken ermöglichen eine rationelle Teamarbeit der Ärzte, die auch den Patienten zugute kommt. Der angestellte Arzt kann sich den fast ausschließlich sozialversicherten Patienten in seiner Dienstzeit je nach den medizinischen Erfordernissen individuell widmen. Er muß nicht aus Existenzgründen viele Krankenscheine abrechnen und Privatpatienten bevorzugen. Eine Höchstgrenze für verordnete Medikamente seitens der Sozialversicherung gibt es nicht. Das weitgehend sozialisierte Gesundheitswesen hat vornehmlich die Aufgabe, die Menschen durch wirksame Behandlung arbeitsfähig zu erhalten bzw.

wieder gesund zu machen. Der vorbeugende Gesundheitsschutz ist daher ziemlich gut entwickelt. Reihenuntersuchungen sind verbreitet und teilweise sogar Pflicht, z. B. Lungen-TBC-Schirmbildkontrollen.

Die Rentner lebten lange Zeit im wirtschaftlichen Schatten der DDR. Durch Anhebung der Renten im Jahre 1968 wurde die materielle Lage der Rentner etwas gebessert, wengleich die Renten im Vergleich zur Bundesrepublik immer noch bescheiden sind. Künftig besteht die Möglichkeit, eine Zusatzrente zu erhalten, wenn Leistungen für eine freiwillige Zusatzversicherung erbracht werden.

Johnson erklärte in der erwähnten Fernsehsendung auf die Frage, auf welche Errungenschaften die DDR-Bürger im Falle einer Wiedervereinigung nicht verzichten möchten: „Auf Grund sehr vieler Kontakte mit Ostdeutschen über eine Periode von mehr als zehn Jahren, glaube ich, daß zum Beispiel die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die besseren Bildungschancen für Leute mit niederm Einkommen, der staatliche Gesundheitsdienst, manche Rechtsreformen, vielleicht auch die Verstaatlichung großer Fabriken, daß diese Dinge wohl von der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung bejaht werden. Aber das heißt nicht, daß bis heute die SED und Walter Ulbricht volkstümlich geworden sind.“

Es entwickelt sich der Trend, das gegebene sozialistische System als gesellschaftliche Organisationsform anzuerkennen und mangels anderer realer Alternativen zu akzeptieren. Dies schließt selbstverständlich Kritik an Mängeln und Mißständen nicht aus.

Die Kritik der DDR-Bürger richtet sich aber in zunehmendem Maße nicht mehr schlechthin gegen den Staat, das System oder die Führung, sondern sachgerechter und differenzierter auf örtliche Verantwortliche und Einrichtungen. Es gibt Beobachter die feststellten, daß die DDR-Bürger nicht unzufriedener sind als die Menschen in der Bundesrepublik, nur seien die Anlässe der Unzufriedenheit oftmals andere, z. B. teure Textilien, Versorgungslücken (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 14. 7. 69: „Gespräche mit ‚anderen‘ Deutschen“). Von den meisten Bewohnern wird anerkannt, daß sich der Lebensstandard und die Lebensverhältnisse in den letzten Jahren fühlbar gebessert haben. Manches wird im Vergleich zur Bundesrepublik für besser gehalten (billigere Mieten, niedrigere Fahrpreise, bessere Ausbildungsmöglichkeiten).

Es darf angenommen werden, daß heute — bei geöffneten Grenzen — der Fluchttrend geringer als vor dem 13. August 1961 wäre. Einen Hinweis darauf kann man aus folgendem Umstand ableiten. Seit November 1964 durften insgesamt 5,5 Millionen Rentner in die Bundesrepublik reisen. Gewöhnlich nutzten etwa 1 Million Rentner im Jahr die Möglichkeit der Westreise aus. Aber nur 0,7% der Rentner äußerten die Absicht, in der Bundesrepublik bei ihren Verwandten bzw. Bekannten zu bleiben.

Aus einem Gefühl der Stärke und Sicherheit geht heutzutage die SED-Führung konzilianter als früher mit den Menschen um. Zwar wurde die ideologische Indoktrination bisher nicht eingeschränkt, aber sie wird in weniger aufdringlicher Form betrieben. Unter der Parole der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft unternimmt die SED beträchtliche Anstrengungen, die inneren Gegensätze abzubauen und eine Art Volksgemeinschaft zu schaffen. Die Menschen sollen ein interessantes kulturvolles Leben führen können und sich in ihren Heimatorten wohlfühlen. Während im Innern nach einer weitgehenden Harmonie bei wachsender Abwehr

aller Aufweichungserscheinungen gestrebt wird, wird der Klassenkampf nach außen, vornehmlich gegen die Bundesrepublik, konzentriert.

In den vergangenen 20 Jahren hat die SED-Führung alles getan, um die ‚sozialistische‘ Entwicklung in der DDR voranzutreiben und damit die Kluft zwischen beiden Teilen Deutschlands zu vertiefen und unüberbrückbar zu machen. Systematisch wurde eine Staats- und Gesellschaftsordnung aufgebaut, die sich in jeder Hinsicht grundlegend von der in der Bundesrepublik unterscheidet. Alle verbindenden Elemente gesamtdeutscher Art wurden soweit als möglich beseitigt. Davon zeugen u. a. auch die Anstrengungen zur Ausarbeitung neuer Gesetze, die den neuen gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen und den politischen Bedürfnissen der SED entsprechen. Durch die neue sozialistische Verfassung vom 8. April 1968 wird die sozialistische Gesellschaftsordnung in umfassender Weise staatsrechtlich verankert (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 231 ff.). Sowohl durch sie wie durch das neue Strafgesetzbuch (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 118 ff.), das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR und das Familiengesetzbuch soll zum Ausdruck gebracht werden, daß der Sozialismus in der DDR unwiderruflich gesiegt hat und daß die Spaltung Deutschlands rechtlich abgeschlossen ist. Die DDR betrachtet sich nicht als „Provisorium, sondern als stabiler und dauerhafter Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa“ (Ulbricht am 31. 1. 68 vor der Volkskammer).

### *Die SED legitimiert sich*

Die Thesen zum 20. Jahrestag der Staatsgründung geben Einblick in das Selbstverständnis der DDR. Hier seien nur einige der zentralen Thesen angeführt, die im Detail langatmig erläutert und begründet wurden („Neues Deutschland“, 16. 1. 69):

„I. Die DDR ist der durch die vielhundertjährige Geschichte unseres Volkes legitimierte deutsche Staat des Friedens und der Freiheit, der Menschlichkeit und sozialen Gerechtigkeit.

II. Die DDR entstand und entwickelte sich in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz unserer Epoche. Sie steht auf der richtigen Seite in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus.

III. . . . Bürger unserer Republik zu sein bedeutet zu den Siegern der Geschichte zu gehören.

IV. Die Staatsordnung der Deutschen Demokratischen Republik verkörpert die höchste Entwicklungsstufe der Demokratie, die sozialistische Demokratie . . .

VI. In der Deutschen Demokratischen Republik entstand die sozialistische Menschengemeinschaft, die weiter wächst und sich zunehmend festigt. In ihr erfüllt sich der große humanistische Gedanke von der Selbstverwirklichung des Menschen.

VII. In der DDR ist der alte Traum der Einheit von Geist und Macht verwirklicht. Wir leben in einem Staat der modernen Wissenschaft und in einer aufblühenden sozialistischen Nationalkultur.

X. Die sozialistische DDR ist dem imperialistischen Westdeutschland um eine ganze historische Epoche voraus. Sie verkörpert die Lebensinteressen des deutschen Volkes . . .“

Neuartig sind diese Thesen in ihrem Inhalt gewiß nicht. Dem Bürger der DDR soll eben systematisch das Gefühl

und das Bewußtsein anerzogen werden, die Entwicklung in der DDR stehe in Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte, der DDR gehöre die Zukunft, sie sei der bessere deutsche Staat, in dem wirkliche Demokratie und Menschlichkeit existent sind. Es sollte nicht unterschätzt werden, daß unter anderem auch mittels dieser Interpretation das Selbst- und in einigen Fällen auch schon ein Sendungsbewußtsein einfacher DDR-Bürger sich in dieser Richtung zu entwickeln beginnt. Auch sei hier erwähnt, daß viele DDR-Bürger beim Westfernsehen durch die freimütige Berichterstattung über Studentenunruhen, das Wirken der NPD, die Gerstenmaier-Affäre u. a. zu schiefen Verallgemeinerungen kommen und dabei verleitet werden, die DDR für den besseren, moralisch saubereren Staat zu halten.

### *Moskaus bester Bundesgenosse*

Wenn auch die Position der SED-Führung im Verhältnis zu den Führungen anderer kommunistischer Parteien im Ostblock aus verschiedenen Motiven (Neid, Mißbilligung von deutscher Überheblichkeit, Abneigung gegen preußische Gründlichkeit bei der Anwendung der Doktrin etc.) teilweise problematisch ist und sie zum Teil auch durch ihre Entspannungsfeindlichkeit unangenehm auffällt, so ist davon auszugehen, daß die gegenwärtige SED-Führung im Kreml gerade deswegen nach wie vor besonders gut angesehen ist. Die SED-Führung hat in der Wertung des Kreml sich auch in kritischen Situationen als absolut zuverlässig, geschickt taktierend und ihren Aufgaben gewachsen erwiesen. Auf Ulbricht, Honecker und Stoph kann sich die Kremelführung verlassen. Bis heute hat sich die DDR zum wichtigsten, zuverlässigsten und wertvollsten Bündnispartner der UdSSR entwickelt. Durch eine Vielzahl von Verträgen ist die DDR engstens an die Sowjetunion gebunden. Insbesondere sei hier auf den „Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit“ vom 12. Juni 1964 und auf die „Gemeinsame Erklärung“ vom 14. Juli 1969 hingewiesen. Durch diese Dokumente ist die Existenz der DDR von der Weltmacht Sowjetunion zuverlässig geschützt. Durch die enge politische, wirtschaftliche, militärische und wissenschaftliche Verflechtung ist an der Einhaltung der gegebenen Bestandsgarantien und Hilfsversprechungen nicht zu zweifeln. Schon seit längerer Zeit gilt für Moskau der Grundsatz, daß ohne und gegen die DDR keine Entscheidungen in der Deutschlandfrage zu treffen sind. Der DDR ist diesbezüglich ein qualifiziertes Mitspracherecht eingeräumt. Walter Ulbricht und seine engsten Vertrauten werden nicht mehr schlechthin als Erfüllungsgehilfen, sondern vorwiegend als gleichberechtigte Partner angesehen.

Die in der „Gemeinsamen Erklärung“ vom 14. Juli 1969 fixierte enge wirtschaftliche Verflechtung soll modellartigen Charakter haben. In dieser Erklärung wird die Überzeugung ausgesprochen, daß die „allseitige wirtschaftliche Integration der brüderlichen sozialistischen Länder ein gesetzmäßiger Prozeß ist, der sich aus der Natur der sozialistischen Ordnung ergibt“. Der Begriff „Integration“ ist aber nicht auf die Wirtschaft begrenzt, sondern wird auf andere Gebiete ausgedehnt. Die Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Sowjetunion wird in nächster Zeit auf allen Gebieten noch stärker werden. Die DDR beginnt sich auch mit Kapital an der Erschließung von Rohstoffvorkommen in der Sowjetunion zu beteiligen. Unzweifelhaft geht die „Gemeinsame Er-

klärung“ inhaltlich über die Deklaration der Moskauer Weltkonferenz hinaus. Erwähnenswert ist auch, daß die Breshnew-Doktrin in ihr verankert ist.

### *Isolierung überwunden*

Die Hoffnung einiger bundesdeutscher Politiker, daß bei Zunahme der sowjetisch-chinesischen Spannungen Moskau zu echten Entspannungsbemühungen in Europa mit grünem Licht für eine deutsche Wiedervereinigung und einer Preisgabe der DDR bereit sein könnte, ist illusorisch. Gerade wenn die sowjetische Weltmacht genötigt sein sollte, sich militärisch stärker in Asien zu engagieren, dann wird sie bestrebt sein, ihren zuverlässigsten und kampfkraftigsten militärischen Verbündeten, die DDR, eine größere Rolle in Mitteleuropa einzuräumen. A. Böhm schrieb im „Rheinischen Merkur“ am 21. März 1969: „Noch mehr: die ‚DDR‘ ist auch politisch der tragende Eckpfeiler des sowjetischen Machtgebäudes in Mittel- und Südosteuropa. Gerade wenn die Sowjetunion im Fernen Osten intensiver beschäftigt ist, kann sie es sich nicht leisten, den zuverlässigsten, aber auch anspruchsvollen Bundesgenossen zu vergrämen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Sowjets das Ostberliner Regime in einer solchen Situation dazu erpressen würden, gegen seinen Willen und gegen seine Interessen plötzlich die Bonner Version der Entspannung zwischen beiden Teilen Deutschlands zu akzeptieren.“ Auch — und gerade wenn — Rumänien seinen nationalkommunistischen Kurs verstärkt, so wird dadurch die Geltung der DDR bei der sowjetischen Führungsmacht nur erhöht.

Der DDR blieben angesichts ihrer vielseitigen, äußerst beharrlichen Bemühungen internationale Erfolge in der Aufwertung und Anerkennung nicht versagt (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 422 ff.). Insbesondere im Bereich des Sports, aber auch auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet konnte sie sich durch eindrucksvolle Leistungen Ansehen in der Welt verschaffen. Zum Beispiel erreichte sie bei der Olympiade 1968 den fünften Platz in der Medaillenverteilung (die Bundesrepublik den achten). Die DDR-Sportler errangen 9, die bundesdeutschen 5 Goldmedaillen. Die Leistungen der mitteldeutschen Sportler trugen wesentlich dazu bei, daß ihre Mannschaften bei der Olympiade 1972 voll gleichberechtigt unter eigener Fahne und Staatshymne antreten können.

Die Versuche, die DDR vollständig zu isolieren bzw. zu boykottieren, scheiterten. Selbst in den innerdeutschen Beziehungen gibt es in den letzten Jahren beachtliche Veränderungen im Stil. Während früher Briefe von DDR-Repräsentanten von offiziellen Stellen der Bundesrepublik überhaupt nicht angenommen wurden, Begegnungen nur auf unterer Beamtenebene als zulässig galten, werden heute Ministerbriefe empfangen und beantwortet, ebenso besteht die erklärte Bereitschaft zu Verhandlungen auf allen Ebenen ohne Diskriminierung. Bei Sportveranstaltungen wird die DDR-Fahne und -Hymne toleriert. Manches bisherige Tabu wurde schon überwunden. Glücklicherweise sind die in den Ohren von DDR-Bürgern diffamierend klingenden und der heutigen Realität widersprechenden Bezeichnungen SBZ, Zone etc. schon weitgehend außer Kurs gesetzt. Man kann auch darauf hoffen, daß die heute noch gebrauchten Umschreibungen „anderer Teil Deutschlands“, „drüben“ oder „Gebilde“ eines Tages aus dem Sprachgebrauch kommen. Wenn trotz des bis-

herigen bundesdeutschen Entgegenkommens im Inhalt keine echten Entspannungslösungen zustande kamen, so ist doch immerhin das Klima etwas entkrampft worden.

### *Der völkerrechtlichen Anerkennung näher*

Die Sowjetunion hat sich im 20. Jahr der Existenz der DDR veranlaßt gesehen, sich intensiver als bisher für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR einzusetzen. Die Anerkennungsfrage wurde offenbar an die Spitze der Wunschliste der Sowjetdiplomatie gestellt, so daß überall dort, wo die Sowjetunion auf Grund ihrer Stärke ein Entgegenkommen erwarten kann, die DDR ins Spiel gebracht wird. Dieser Druck und die bisherige intensive Arbeit von DDR-Vertretungen in arabischen und asiatischen Staaten zeigen nun deutliche Ergebnisse. Die Entsendung eines Botschafters nach Ostberlin scheint der diplomatische Tribut zu werden, den die Araber als Gegenleistung für die sowjetische Unterstützung im Kampf gegen Israel entrichten. Es ist damit zu rechnen, daß der Durchbruch zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR auf die Dauer nicht zu verhindern ist. Wenn die Sowjetunion weiter intensiv die DDR in diesem Punkt unterstützt, so werden bald voraussichtlich weitere arabische Staaten und möglicherweise auch Indien Botschafter mit der DDR austauschen, wodurch andere Staaten zur Nachahmung angeregt werden könnten.

Die sog. Hallstein-Doktrin, die bisher schon von Hilfs-hypothesen im Falle der Sowjetunion, Rumäniens und vor allem Jugoslawiens durchlöchert war, beginnt unbrauchbar und unpraktikabel zu werden. Die weitere konsequente Anwendung des „Höchststrafmaßes“ dieser Doktrin, Abbruch oder moderner gesagt „Einfrieren“ der Beziehungen, dürfte sich als Bumerang erweisen, der letztlich zur Alleinvertretung der DDR in der dritten Welt führt. Manche anderen Repressalien gegen den „unfreundlichen Akt“ der DDR-Anerkennung, z. B. die Annullierung der Wirtschaftshilfe, sind in ihrer Wirksamkeit zweifelhaft oder gar schon unpraktikabel. Wenn die Bundesrepublik z. B. Lehrkräfte aus Fachschulen zurückziehen würde, so würde sie nur DDR-Lehrern den ersehnten Platz einräumen.

Die Hallstein-Doktrin stammt aus einer Zeit, als noch gewisse Hoffnungen bestanden, mit einer Politik der Stärke der deutschen Wiedervereinigung näher zu kommen. Inzwischen hat sich jedoch viel geändert. Ein Anschluß der DDR ist unrealisierbar. Auch das Alleinvertretungsrecht ist in Theorie und Praxis ausgehöhlt, und zwar durch Verhandlungsangebote an Ostberlin und die rein pragmatisch begründeten bisherigen Modifizierungen der Hallstein-Doktrin. Das strategische Ziel der Hallstein-Doktrin, die Wahrung der deutschen Einheit war infolge der sich ändernden Weltlage nicht durchzuhalten. Nur das taktische Ziel, die DDR im internationalen Verkehr zu isolieren, konnte ziemlich lange — wenn auch unter großen finanziellen Opfern — erreicht werden.

Die Bundesregierung wird zwangsläufig in allernächster Zeit vor der Notwendigkeit einer nüchternen, die Realitäten berücksichtigenden Bestandsaufnahme stehen und wird überlegen müssen, wie trotz DDR künftig im Ausland weiterhin in elastischer Form die Interessen der Bundesrepublik wahrgenommen werden können.

Bei der Bestandsaufnahme wird man nicht übersehen können, daß gerade der anhaltende Trend zum Ausgleich der Interessen auf der Basis der stillschweigenden Aner-

kennung der Status quo dazu führt, Neutrale zu allseitigen diplomatischen Beziehungen zu ermuntern. Im übrigen ist auch zu bemerken, daß angesichts des verbreiteten Hin und Her zwischen deutschen Politikern über „Beinahe-, Dreiviertel-, Halb-, Ganz- oder Gar-nicht-Anerkennung“ ausländische Politiker sehr pragmatisch vorgehen. Die anfängliche Bereitschaft der Großen Koalition, den Bonner Alleinvertretungsanspruch offen aufzugeben (was logischerweise das Zugeständnis eines DDR-Selbstvertretungsrechtes eingeschlossen hätte), schuf ebenfalls Unsicherheiten.

### *Selbstbewußt gegenüber der Bundesrepublik*

Die Führung der DDR kann mit den in den letzten Jahren erzielten Erfolgen in der Durchsetzung der Aufwertung und Anerkennung halbwegs zufrieden sein. Da die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR keine akademische Frage mehr ist, sondern zu einer Frage des politischen Alltags im Bundesgebiet und im Weltmaßstab wurde, können die Kommunisten auf weiteres Entgegenkommen hoffen und werden ermuntert, ihre Kampagne kompromißlos fortzusetzen.

Auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED (28. und 29. April 1969) hat Walter Ulbricht unmißverständlich erklärt: „Einige westdeutsche Politiker haben die Frage nach der Herstellung staatsrechtlicher Beziehungen gestellt. Aber staatsrechtliche Beziehungen gibt es nur innerhalb eines einheitlichen Staates. Aber es gibt nun einmal zwei gleichberechtigte deutsche Staaten... Wenn von westdeutscher Seite unter Aufrechterhaltung der Alleinvertretungsanmaßung von staatsrechtlichen Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR die Rede ist, dann beinhaltet das den Anspruch auf Ein- und Unterordnung der DDR in bzw. unter die westdeutsche Bundesrepublik in der Art des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und — sagen wir — dem Bundesland Nordrhein-Westfalen.“

Diese Ausführungen sind eindeutig und lassen erkennen, daß auch das entgegenkommende Projekt einer staatsrechtlichen Anerkennung nicht akzeptiert wird. Das Selbstverständnis der SED-Führung erfordert, daß die DDR überall in der Welt als voll gleichberechtigter zweiter deutscher Staat im Sinne des Völkerrechts präsent ist. Die SED-Führung und auch ein Teil der Bevölkerung in der DDR empfinden es als Deklassierung, daß die DDR im Ausland durch die Bundesrepublik mit vertreten werden soll.

### *Langfristiges Nebeneinander*

Angesichts dieser neuesten Erklärung muß man davon ausgehen, daß es eine Illusion ist, zu hoffen, daß sich die DDR mit einer nur staatsrechtlichen Anerkennung durch die Bundesrepublik auf Verhandlungen einlassen könnte. In dieser Frage wird die Regierung der DDR auch künftig unabdingbar am Standpunkt des Alles-Oder-Nichts festhalten, womit die Deutschlandpolitik der Bundesregierung vor erheblichen Schwierigkeiten steht. Mögliche Kompromisse könnten nur zwischen einer staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Anerkennung liegen, wobei vielleicht auch die DDR bereit sein könnte, ausdrücklich darauf zu verzichten, gegenüber der Bundesrepublik als Ausland zu gelten.

Es ist nicht zu übersehen, daß die DDR ihre Außen-

politik erfolgreich fortführen kann, weil sie davon profitiert, daß im Weltmaßstab der Trend zur Respektierung des Status quo sich längst behauptet hat und der Wunsch nach Entspannung vorherrscht. Das Interesse an einer europäischen Sicherheitskonferenz in verschiedenen Ländern wird der Sowjetunion ermöglichen, die DDR als gleichberechtigten Konferenzpartner ins Spiel zu bringen. Unter Ausschluß der DDR dürfte eine solche Konferenz kaum zustande kommen.

Für die erstrebte Wiedervereinigung hat die Bundesrepublik keine Verbündeten. Sie wird von den meisten Staaten gefürchtet, weil die wirtschaftliche und politische Potenz des wiedervereinigten Deutschland außergewöhnlich stark wäre. Angesichts dieser Lage ist es nur realistisch, sich auf ein langfristiges Nebeneinanderleben der beiden deutschen Teilstaaten einzurichten und im Interesse der Menschen humanitäre Erleichterungen der Spaltung durchzusetzen.

Die Orientierung auf ein geregeltes Nebeneinander wird eine sachliche politisch-ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus allgemein und seiner Erscheinungsformen in Deutschland nicht ausschließen, im Gegenteil. Die Bundesrepublik kann der Bevölkerung der DDR in der Auseinandersetzung mit den kommunistischen Regimen nur dann eine gewisse Hilfe leisten, wenn sie eine sachgerechte, detaillierte, von Schwarzweiß-

malerei befreite Aufklärungs- und Informationspolitik betreibt.

Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR würde Deutschland gegenwärtig nichts einbringen. Jedoch dürfte klarwerden, daß mit Hinweisen auf angebliche Souveränitätsdefekte, mangelnder demokratischer Legitimation oder der Theorie von der alleinigen Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches weniger Tagespolitik gemacht werden sollte. Letztlich haben auch andere Staaten solche Mängel bzw. ist diese Theorie umstritten. Es wäre besser, in der Tagespolitik die rabiate, gegen das eigene Volk gerichtete entspannungsfeindliche Politik der SED-Führung in aller Welt bloßzustellen und dadurch zur Zurückhaltung gegenüber dem Regime beizutragen.

Bundesaußenminister Willy Brandt schrieb im August 1967: „Je mehr Freiheit das Ostberliner Regime den Menschen gewähren würde, desto mehr zustimmende Anerkennung könnte es in der Welt finden.“ Von Brandt stammt auch der Satz: „Wir wollen auch dem anderen Teil Deutschlands Möglichkeiten geben, zu einem normalen Verkehr mit uns und, wenn es soweit ist, mit der übrigen Welt zu finden.“ Unter der Bedingung der Entkrampfung und Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen und der Erleichterung des Lebens der Bevölkerung war man zu diesen entgegenkommenden Schritten zu Beginn der Großen Koalition bereit.

## Dokumentation

### *Die Afrikareise des Papstes*

*Der dreitägige Besuch des Papstes in Uganda vom 31. Juli bis 2. August, über den die Tagespresse ausführlich berichtet hat, gehörte ohne Zweifel zu den bedeutsamsten, beachtetsten und meistkommentierten päpstlichen Auslandsreisen (acht seit Beginn des Pontifikats Pauls VI.); in Szenerie und unmittelbarer Ausstrahlung wohl nur der Palästina-reise im Januar 1964 vergleichbar. Die meisten bisherigen Reisen wurden aus einem bestimmten äußeren Anlaß unternommen. Die Besuche in Bombay (1964) und Bogotà (1968) fielen jeweils mit eucharistischen Weltkongressen zusammen. Die Fatimareise galt dem 50. Jahrestag der Marienerscheinungen von 1917. Der Besuch in Genf im Juni (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 301) wurde wenigstens amtlich mit dem 50jährigen Gründungsjubiläum des Internationalen Arbeitsamtes begründet. Der Afrikareise fehlte ein solcher Anlaß. Die Huldigung an die 22 ugandesischen Märtyrer, die unter König Mwanga (1885—1887) den Tod fanden, bildete gewissermaßen nur den symbolischen Hintergrund. Auch das Erste Gesamtafrikanische Bischofssymposium (vgl. ds. Heft, S. 400), dessen liturgischer Abschluß den Auftakt des Besuchsprogramms bildete, war nicht der eigentliche Anlaß. Dieses sollte ja ursprünglich bereits im April stattfinden und wurde erst nachträglich wegen des Papstbesuches auf Ende Juli verlegt. Die Papstreise sollte der Kirche Afrikas zeichnerhaft das Bewußtsein vermitteln, respektierter Partner der Gesamtkirche zu sein. Dieser Wunsch und diese Anerkennung zog sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen päpstlichen Äußerungen, durch die etwa zwei Dutzend Begrüßungen, Kurzsprachen, Predigten und Reden (ein überstrapaziöses Mammutprogramm für den 71jährigen Papst), die Paul VI. während der knapp 52 Stunden seines Aufenthaltes an die Öffentlichkeit und an die verschiedensten kirchlichen und politischen Gesprächspartner richtete.*

*Uganda bildete dafür den denkbar besten Ausgangspunkt. Es war nicht nur das Land der ersten (1920 selig- und 1964 heiliggesprochenen) afrikanischen Märtyrer. In Uganda wurde auch*

*vor genau dreißig Jahren (1939) mit der Berufung des ersten einheimischen afrikanischen Bischofs (des späteren Erzbischofs J. Kivunuka von Rubaga) ein erster gewichtiger Schritt zur Afrikanisierung der Hierarchie getan. Heute sind von 7934 000 Einwohnern Ugandas etwa 60% christlich, über ein Drittel (36% bzw. 2 810 347) katholisch (nach „Catholic Directory of Eastern Africa“ 1968/69), etwa 1 500 000 Angehörige der Church of Uganda (Anglikaner), ca. 21 000 Angehörige verschiedener protestantischer Gemeinschaften, 10 000 Orthodoxe und etwa eine halbe Million Moslems. Uganda ist nach dem Kongo das Land mit der zweitgrößten Katholikenzahl Afrikas. Schließlich herrscht in Uganda seit Jahren ein für Afrika beispielhaftes ökumenisches Klima. Seit 1964 besteht ein ugandesischer Kirchenrat, dem auch die katholische Kirche angehört. Unter König Mwanga hatten Katholiken und Anglikaner gemeinsam den Tod gefunden (vgl. dazu Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 59 ff.). Der Papst stattete deshalb auch der anglikanischen Gedenkstätte in Namugondo einen Besuch ab und verwies dabei nicht nur auf das gemeinsame Blutzeugnis, sondern auch auf die guten und hoffnungsvollen Beziehungen zwischen Anglikanern und Katholiken im Lande. (Vor islamischen Würdenträgern gedachte der Papst auch der Anhänger des Islams, die als erste in Uganda 1848 ihrer Religion wegen hingerichtet wurden.) Schließlich ist Uganda unter der Führung des (anglikanischen) Staatspräsidenten M. Obote eines der wenigen schwarzafrikanischen Länder mit relativer politischer Stabilität und mit relativ ruhigen Verhältnissen, das eine gewisse Vermittler- und Hilfsfunktion bei Krisenerscheinungen in anderen afrikanischen Staaten ausübt hat (Kongo, Südsudan, Nigeria). Nicht zuletzt bedeutete der Papstbesuch für das Land selbst keinen geringen Prestigeerfolg.*

*Höhepunkt des Papstaufenthaltes waren: der schon erwähnte liturgische Abschluß des Bischofssymposiums in der Kathedrale von Rubaga am Anknüpfungstage, der Gottesdienst mit der Weihe von 12 afrikanischen Bischöfen auf dem Kololohügel am Vor-*